

# Bundestag direkt

Info-Brief der Landesgruppe Schleswig-Holstein  
in der SPD-Bundestagsfraktion  
Ausgabe 1/13 - April 2013



## NOK: Maritime Konferenz setzt Merkel unter Druck

Von Bettina Hagedorn

*Bei der Maritimen Konferenz Anfang April in Kiel kam die Bundesregierung dem Nord-Ostsee-Kanal (NOK) so nah wie selten und das Maritime Bündnis nutzte die Gelegenheit, das Thema Ausbau lautstark ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Bundeskanzlerin Merkel und ihr Verkehrsminister Ramsauer hatten zwar wohlklingende Absichtserklärungen im Gepäck, konnten aber nach drei Jahren Verzögerungstaktik die Skeptiker (noch) nicht wirklich überzeugen: genug der Sonntagreden - Taten sind gefragt!*

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte am 20. März eine Aktuelle Stunde zum NOK im Bundestag durchgesetzt, bei der neben unserem Verkehrsminister aus Kiel Reinhard Meyer auch die drei SPD-Haushälter Bettina Hagedorn (Ostholstein), Johannes Kahrs (Hamburg) und unser Küstengang-Lotse Uwe Beckmeyer (Bremen) viele unbequeme Fragen an Minister Ram-



**Verkehrsminister Reinhard Meyer, Kiels Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke, Ministerpräsident Torsten Albig, die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn, AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädler und Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies unterstützten die rund 600 Teilnehmer der Demo von DGB, IG Metall und ver.di vor der Maritimen Konferenz, die u.a. Planungssicherheit beim Offshore-Ausbau und die schnelle Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals forderten.**

sauer stellten. Dabei verkündete dieser damals noch stoisch, dass alle anstehenden Sanierungsmaßnahmen am Kanal erst nach 2021 und damit nach der Fertigstellung des Neubaus der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel in Angriff genommen werden sollen. Auf der Maritimen Konferenz nur knapp drei Wochen später erfolgte zur Überraschung des Publikums in bewährter schwarz-gelber Manier die Kehrtwende. Urplötzlich sollen wichtige Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen parallel erfolgen können - allerdings: unter Finanzvorbehalt! Die Stunde der Wahrheit naht

also mit dem Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2014 und dem Finanzplan. Beide werden im Juli 2013 das Licht der Öffentlichkeit erblicken.

Da die Merkel-Regierung diese Adhoc-Umplanung noch nicht konkretisieren mochte, darf man skeptisch sein, ob die SPD im Norden seit an Seit mit Vertretern von Reedern, Logistikern, IHK, Gewerkschaften und Betriebsräten, Nautischen Vereinen und Lotsenbruderschaften nach jahrelanger Kärnerarbeit mit der gemeinsamen Forderung nach der Grundsanierung des NOK binnen zehn Jahren endlich erfolgreich durch-

gedrungen ist. Oder ob die jetzigen Versprechen der Bundesregierung die nächste Hinhaltetaktik vor der Bundestagswahl am 22. September sind.

Seit 2011 hat die SPD-Landesgruppe unter dem Motto „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal - der Norden steht auf!“ Veranstaltungen in Brunsbüttel, Rendsburg und Kiel zum NOK gemeinsam mit Verbündeten aus Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften durchgeführt und im November 2011 erstmals im Haushaltsausschuss die kompletten 1,25 Mrd. Euro für die Grundsanierung des

*- Fortsetzung auf Seite 2 -*

### Weitere Themen dieser Ausgabe

- **Kassen der Kommunen entlasten** Seite 4
- **Zwischenruf zur Wasserprivatisierung** Seite 5
- **Wege zu einer besseren Energiewende** Seiten 8 und 9
- **Gerechte Familienpolitik** Seite 10
- **Erfolg und Zukunft der Marine** Seiten 12 und 13



## Die Krise, die Kleinsparer und die Kanzlerin



Agni Hassabi (stv. Vorsitzende) und der ehemalige langjährige Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein (Vorsitzender des Deutsch-Zyprischen Forums) gaben der Landesgruppe einen Einblick, wie Zyprer die Krise ihres Landes erleben

Zyperns Haupteinnahmequelle neben dem Tourismus ist der Bankensektor. Die Sorge vor den Konsequenzen, wenn es in diesem Bereich zu einer Regelverschärfung kommt, ist groß. Dies wurde im März bei einem Gespräch der Landesgruppe mit Agni Hassabi und Eckart Kuhlwein vom Deutsch-Zyprischen Forum deutlich. Noch ist aber offenbar ungewiss, welche alternative Geldeinnahmequellen die Inselrepublik mittel- und langfristig erschließen kann.

Verunsicherung herrschte zunächst auch vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag über die ESM-Stabilitätshilfe für Zypern. Das von Merkel und Schäuble vor Ostern mit beschlossene Maßnahmenpaket widersprach der von der EU garantierten Einlagensicherung bis 100.000

Euro. Im zweiten Anlauf wurden aber wesentliche Forderungen der SPD erfüllt. So werden Banken an der Rettung Zyperns beteiligt. Zypern hat sich außerdem dazu verpflichtet, die Geldwäsche zu bekämpfen und seine Steuersätze anzuheben.

122 Bundestagsabgeordnete der SPD votierten in der Abstimmung für das Gesamtpaket, zehn lehnten ab. Zehn Mitglieder der Fraktion enthielten sich, darunter auch Gabriele Hiller-Ohm und Ernst Dieter Rossmann. „Wer Geld von der EU bekommt, sollte auch die Finanztransaktionssteuer einführen. Die Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 12,5 Prozent erscheint mir zudem im Vergleich zu anderen EU-Staaten als deutlich zu gering“, begründete Rossmann seine Enthaltung.

### - Fortsetzung von Seite 1 -

NOK - solide gegenfinanziert - für den Bundeshaushalt beantragt. Auch wenn dieser Antrag von Schwarz-Gelb abgelehnt wurde - der Druck des Bündnisses und die herannahende Kieler Landtagswahl erzeugten damals den notwendigen öffentlichen Push, damit die 300 Mio. Euro für den Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel vom Haushaltsausschuss wieder bereitgestellt wurden.

Doch das ist 17 Monate her. Seitdem hat Minister Ramsauer gerade einmal eine Million Euro für den Kanal ausgegeben. 299 Mio. Euro liegen brach. EU-Mittel wurden seit 2009 unter Ramsauer nicht beantragt und das für Projektplanung und technische Umsetzung erforderliche Perso-

nal unter dem Stichwort „Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung“ ebenso kräftig ausgedünnt wie das Handwerkspersonal und die Tauch-Crew zur Instandhaltung der maroden Schleusen. Es ist schlicht ein Skandal, wie die Bundesregierung und allen voran Verkehrsminister Ramsauer die Modernisierung von Europas wichtigster Wasserstraße systematisch verschlafen hat!

Unsere neue SPD-geführte Landesregierung mit Ministerpräsident Torsten Albig und Verkehrsminister Reinhard Meyer hat von Anfang an vehement für den NOK gekämpft und sich in Berlin Gehör verschafft. Zur soliden Finanzierung wird über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich mindestens ein Prozent des Verkehrs-

etats für den Kanal gebraucht.

Der SPD-Landesverband wird weiter Druck machen. Auf unserem Landespartei-tag in Büdelsdorf am 27. und 28. April wollen wir u.a. mit einer Resolution gemeinsam mit unseren Partnern im Bündnis für den Kanal ein kraftvolles Zeichen setzen und von der Bundesregierung einfordern, dass sie sich noch vor der Bundestagswahl in einem Vertrag mit der Kieler Landesregierung an die Investitionszusagen zu Gunsten des verlässlichen Kanalausbaus binnen zehn Jahren festlegt. Wir dürfen uns nach den ebenso medienwirksamen wie folgenlosen Spatenstichen von Minister Ramsauer im April 2012 in Brunsbüttel pünktlich zur damaligen Landtagswahl kein zweites Mal

hinhalten und für dumm verkaufen lassen. Jetzt gilt: Butter bei die Fische!!!

Was hilft Ramsauers Versprechen vom März als Reaktion auf die Totalblockade des NOK von einer neuen elfköpfigen Sondereinsatztruppe als Reaktion auf die kaputten Schleusen in Brunsbüttel, wenn er gleichzeitig verfügt, dass diese vorrangig aus dem bestehenden Personal der Wasserschifffahrtsämter Kiel-Holtenau und Brunsbüttel rekrutiert werden soll. Dass diese elf „zusätzlichen“ Stellen auch noch mit 16 Altersabgängen bis 2023 wieder „eingeholt“ werden sollen, macht deutlich, dass der bayrische Verkehrsminister noch immer nicht erfasst hat, was am NOK dem Ernst der Lage gerecht wird.

## Tour d'Horizon durch die Sozial- und Gesundheitspolitik

Wie umfangreich der Zuständigkeitsbereich der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit, ist, wurde an der Fülle der Themen deutlich, die bei dem Gespräch mit der Landesgruppe in Berlin Anfang dieses Jahres auf der Tagesordnung standen. Gesundheitspolitik: 900 von 1.900 Hausärzten gehen in

den kommenden Jahren in Rente. Ein riesiges Problem, das noch einer Lösung harret. Zudem mangelt es den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein an Einnahmen, weil die schwarze Bundesregierung die zu schwarz-roten Zeiten gemeinsam mit den Bundesländern vereinbarte Einführung eines einheitlichen Bundesbasisfallwertes verhinderte.

Bei der Erwerbsminderungsrente für Menschen mit Behinderung waren sich Ministerin und Landesgruppe einig, dass es zu einer neuen Regelung kommen muss. Status Quo ist, dass Werkstatt-Bewohner ihren Anspruch verlieren, sobald sie dort ausziehen. Das fährt den ambulanten Ansatz an die Wand.

Beim Thema Krippenausbau schrieb Ministerin Alheit den Abgeordneten ins Stammbuch: „Bitte vergesst die Betriebskosten nicht!“ (nb)



Ministerin Kristin Alheit

## Schuldenbremse einhalten



Finanzministerin Monika Heinold, Hans-Peter Bartels und Franz Thönnies

Die aktuelle Diskussion mit den Gewerkschaften in puncto Übernahme des Tarifabschlusses für Angestellte auf die Besoldung der Beamten war natürlich auch Thema bei dem Gespräch, das die Landesgruppe kürzlich mit Finanzministerin Monika Heinold in Berlin führte. Zeit- und wirkungsgleich werden von den Bundesländern nur Bayern und Hamburg den Tarifabschluss übernehmen. Der Preis dafür ist

allerdings, dass dort massiv zusätzlich Personal eingespart werden muss.

Das nördlichste Bundesland will und muss in dem vom Kabinett vereinbarten Budgetrahmen für die Erhöhung der Besoldung bleiben. Das hat sehr viel mit der Schuldenbremse zu tun. Gemäß dieser Bund-Länder-Vereinbarung gilt Schleswig-Holstein als von einer Haushaltsnotlage bedroht und muss strenge Vorgaben einhalten. Die strukturellen Ausgaben des Landes sind danach bereits bis zum Jahr 1919 festgeschrieben, etwaige Mehreinnahmen fließen vorrangig in den Schuldenabbau. „Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist möglich“, lautet die Botschaft von Ministerin Heinold. Sie hat noch eine weitere positive Nachricht im Gepäck: Eine Belastung des Landeshaushalts durch die schwierige Situation der HSH-Nordbank gibt es derzeit nicht. Die Bank soll möglichst erhalten bleiben, weil sie zu 85 Prozent den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins und Hamburgs gehört. (nb)

## Lob und Kritik von Gewerkschaftsseite

Auf positive Resonanz stieß das Regierungsprogramm der SPD bei einem Gespräch der SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix, Ernst Dieter Rossmann, Franz Thönnies und Ingo Egloff mit 16 Vertretern norddeutscher Gewerkschaften Anfang April im Hamburger Gewerkschaftshaus.

Die angestrebte Neuordnung des Arbeitsmarktes mit der Eindämmung der Leiharbeit und der Durchsetzung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes wurde dabei ebenso be-

grüßt wie die Solidarrente mit der Möglichkeit eines abschlagsfreien Renteneintritts nach 45 Arbeitsjahren. Anerkennung erfuhr auch die schleswig-holsteinische Landesregierung für das Tariftreuegesetz. „Es ist wichtig, die kommunale Seite bei der Tariftreue einzubeziehen“, betonte DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn.

Einig waren sich Abgeordnete und Gewerkschaftsvertreter darin, dass es dringend eines Masterplans Energiewende bedarf, um das derzeit von Bundesumweltminister Altmeier produ-

zierte Chaos zu beenden. Kritische Anmerkungen in Richtung SPD gab es allerdings auch. Das Verfahren der Landesregierung bei den Verhandlungen um die Übernahme des Tarifbeschlusses der Angestellten auf die Beamtenbesoldung hätte nach Ansicht der Gewerkschaftsseite besser sein können.

Inhaltlicher Stein des Anstoßes ist das Vorhaben von Landesseite, den Tarifvertrag nicht wie üblich über zwei, sondern über fünf Jahre mit den Beamten zu vereinbaren.



## Die Kassen der Kommunen entlasten

**Unsere klammen Städte und Gemeinden müssen dringend finanziell besser ausgestattet werden, damit sie ihre wichtigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen können. Wir Sozialdemokraten sind uns auch auf der Bundesebene unserer Verantwortung für die Kommunen bewusst. Deshalb ist es für uns zentral, die Kommunalfinanzen zu sichern.**

Für die Kommunen ist Hilfe bitter nötig. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sie in dieser Legislaturperiode erheblich geschröpft: Änderungen bei der Unternehmenssteuer, geringere Erstattungen bei den Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld-II-Empfänger und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz summieren sich in der Regierungszeit von CDU/CSU und FDP in den Kassen der Städte und Gemeinden auf ein Minus von etwa elf Milliarden Euro.

Die SPD hat sich hingegen im Vermittlungsausschuss des Bundesrates und bei Verhandlungen auf Bund-Länder-Ebene stets für die Interessen der Kommunen stark gemacht und bereits einige Erfolge erzielt. Jetzt gilt es, die Kommunen weiter zu entlasten und ihnen wieder Spielraum für politisches Handeln zu geben!

### ► Fünf Milliarden pro Jahr für die Kommunen

Was wir im Vermittlungsausschuss bei der Reform der Hartz-IV-Regelsätze 2011 bereits durchgesetzt haben: Endlich übernimmt der Bund die gesamten Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Umgesetzt wird die Entlastung durch die Anhebung der Bundesbeteiligung in drei Stufen: 2012 auf 45 Prozent, im Jahr 2013 auf 75 und ab 2014 auf 100 Prozent. Zudem sparen die Kommunen zusätzlich durch einen verbesserten Abrech-

nungsmodus. Ab dem Jahr 2014 werden sie jährlich um etwa fünf Milliarden Euro entlastet. In diesem Jahr sind es bereits über drei Milliarden Euro. Für Schleswig-Holsteins Städte und Gemeinden bringt das 2013 etwa 150 Millionen Euro und ab 2014 mindestens 200 Millionen Euro jährliche Entlastung.



Die SPD forciert den Kita-Ausbau: Hier besucht Gabriele Hiller-Ohm, MdB gemeinsam mit dem Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft, Jan Lindenau, dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner, der stellvertretenden Parteivorsitzenden Manuela Schwesig und dem SPD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch eine Lübecker Kita.

### ► Extra-Millionen für den Kita-Ausbau

Ab August dieses Jahres haben Kinder ab einem Alter von einem Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz – theoretisch. Denn Schwarz-Gelb hat geschlafen und die Kommunen nicht ausreichend unterstützt. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist eines unserer wichtigsten politischen Ziele und auch hier haben wir erfolgreich ver-

handelt: 580,5 Millionen Euro zahlt der Bund nun zusätzlich für den Kita-Ausbau. Außerdem stockt er den Betriebskostenzuschuss für Kitas um jährlich 75 Millionen Euro auf. Damit haben wir Sozialdemokraten dafür gesorgt, dass der Ausbau endlich den notwendigen Schub bekommt. Doch nicht nur auf die Plätze kommt es an. Auch die Qualität der Kinderbetreuung muss besser werden!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will stattdessen ein Betreuungsgeld an die

Eltern zahlen, deren Kinder keine Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege besuchen. Der Gesetzgeber setzt damit Anreize, dass Kinder Bildungsangebote nicht nutzen und Eltern ihre Erwerbstätigkeit einschränken. Wir wollen die jährlich zwei Milliarden Euro des unsinnigen Betreuungsgeldes für den bedarfsgerechten Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung einsetzen.

### ► Mehr Geld für Bildung

Mit dem Finanzierungskonzept „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“ hat die SPD als bisher einzige Partei einen umfassenden Vorschlag für eine Ausweitung der Bildungsfinanzierung von Bund und Ländern vorgelegt. Wir wollen für Bildung zusätzlich 20 Milliarden Euro im Jahr bereitstellen, je zehn Milliarden Euro von Bund und Ländern. Finanziert aus Einsparungen, dem Abbau von Subventionen, der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Reform der Erbschaftsteuer zu Gunsten der Länder.

### ► Reform der Eingliederungshilfe

Die Eingliederungshilfe, die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am kulturellen und Arbeitsleben enthält, wird in ein Bundesleistungsgesetz überführt. In Schleswig-Holstein werden jährlich etwa 540 Millionen Euro für die Eingliederungshilfe aufgewendet, Tendenz steigend. Der Bund wird sich stärker an den Kosten beteiligen müssen. Wir werden uns für eine spürbare Entlastung der Kommunen einsetzen.

Wir dürfen allerdings nicht den Fehler machen, nur über die Kostenverschlebung zu debattieren. Wir müssen die Chance beim Schopfe packen und Menschen mit Behinderung endlich in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Hier gibt es riesigen Reformbedarf! Ich freue mich, in der nächsten Legislaturperiode diese Herausforderung mit anzupacken!

**Gabriele Hiller-Ohm**

**Zwischenruf**

**Wasserprivatisierung: Empörung über eine Lüge**

**„Die SPD hat keine Meinung zu der Forderung ‚Wasser ist Menschenrecht‘. Sie setzt sich nicht für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein“ war Anfang März häufig im sozialen Netzwerk Facebook zu lesen. Doch all jene, die sich darüber empörten und den Post via Sharing-Funktion an ihre Freunde weiterleiteten, gingen einer dreisten Diffamierungskampagne auf den Leim.**

Als Beweis für ihre falsche Behauptung diente den Kommentatoren das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag „Wasser ist Menschenrecht - Privatisierung verhindern“ (Drucksache 17/12482). Den hatte die Fraktion Die Linke zum Tagesordnungspunkt „Vorschlag der EU-Kommission zur Konzessionsvergabe“ in den Bundestag eingebracht und die Abgeordneten der SPD-

Bundestagsfraktion hatten sich bei dieser Abstimmung enthalten. Allerdings nicht etwa, weil wir zu diesem Thema keine Meinung hätten, sondern weil wir selbstverständlich einen eigenen Antrag dazu eingebracht hatten. Der trägt die Überschrift „Kommunale Versorgungsunternehmen stärken - Formale Ausschreibungspflicht bei Dienstleistungskonzessionen insbesondere für den Bereich Wasser

ablehnen“ (Drucksache 17/12519) und wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Ein ähnliches Schicksal ereilte den Antrag der Fraktion Die Grünen namens „Keine Privatisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür“ (Drucksache 17/12394), dem alle Oppositionspolitiker in einer namentlichen Abstimmung zustimmten, jedoch die Regierungsfractionen nicht.

CDU, CSU und FDP hatten übrigens zu dem wichtigen Thema Wasserprivatisierung selbst keinen eigenen Antrag in den Bundestag eingebracht. Dies, nicht die angebliche Meinungslosig-



**Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann**

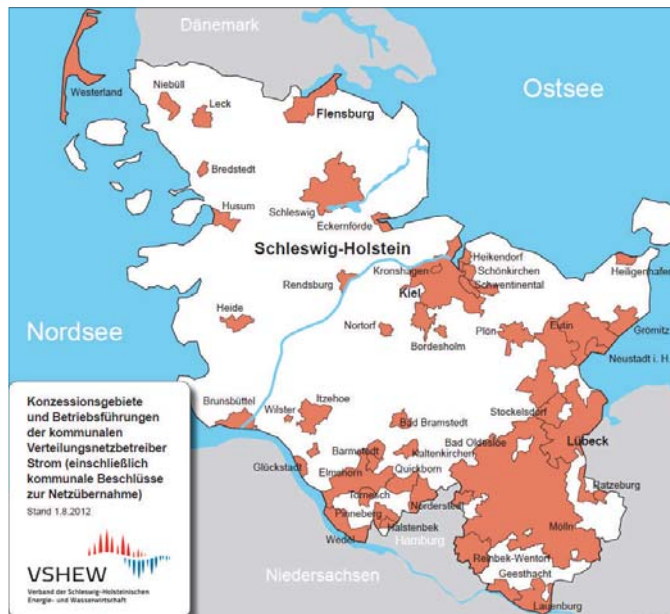
keit der SPD, wäre eine Empörungswelle wert gewesen. Nicht nur im Internet

**Ernst Dieter Rossmann**

**David gegen Goliath: 120 Kommunen wehren sich gegen E.ON**

Die Rekommunalisierung der Strom- und Gasversorgung in Schleswig-Holstein schreitet voran. Seit 2008 haben sich zahlreiche Gemeinden und Städte bei der Vergabe von Konzessionsverträgen für die örtlichen Anbieter entschieden. Und damit gegen den Mitbewerber Schleswig-Holstein Netz AG, dem Nachfolger von E.ON-Hanse- und Schleswig. Dies akzeptiert die SH-Netz AG aber nicht. In keiner einzigen betroffenen Gemeinde in Ostholstein, Stormarn, Lauenburg und Lübeck hat sie bis dato die Netze und Anlagen an die Stadtwerke übergeben.

Die SH-Netz AG beschäftigt mittlerweile ein ganzes Heer von Juristen, um die Übertragung der Netze zu verschleppen. Auch ein Musterprozess – mit einer Gemeinde stellvertretend geführt – wird verhindert. In Schleswig-Holstein geht es bei 120 Kommunen und



Stadtwerken, die sich als „Bündnis Schleswig-Holsteinischer Gemeinden für Wettbewerb in der Energieversorgung“ gegen das perfide Vorgehen der SH-Netz AG wehren, um Millionen. Unter dieser Totalblockade leiden auch die Stromkunden, da der alte Quasi-Monopolist teurere Netznut-

zungsentgelte verlangt als die Stadtwerke berechnen würden. Die SH-Netz AG provoziert, dass Verfahrenskosten explodieren und Zeit verschwendet wird. Als stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik habe ich für die Landesgruppe gleich zu Jahresbeginn u.a. mit MdL Regina

Poersch und dem Vertreter der kommunalen Unternehmen Dr. Dieter Perdelwitz dieses heiße Eisen erörtert. Die Gemeinden haben Anfang März eine Resolution mit einem Appell an die Bundes- und Landespolitik verfasst, den Investitionshemmnissen und -verzögerungen durch die SH-Netz AG ein Ende zu machen.

Die Stadtwerke und betroffenen Kommunen können sich auf die SPD-Landesgruppe verlassen: Wir werden für einen festen Draht nach Berlin sorgen - E.ON darf mit seiner Masche nicht durchkommen! Mitte Mai werden wir dazu ein Gespräch mit den zuständigen Fachpolitikern der Fraktion in Berlin organisieren, zu dem Vertreter der Kommunen und der Stadtwerke herzlich willkommen sind. David gegen Goliath, gemeinsam sind wir stark!

**Bettina Hagedorn**



## Mehr Bildungsteilhabe dank Schulsozialarbeit

Schon die Geburt war mehr als schwierig. Nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung lange gemauert und einmal mehr auf den Entschcheid des Bundesverfassungsgerichts gewartet hatte, gab es um den Jahreswechsel 2011/2012 langwierige Verhandlungen, bei denen sich die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Länder mit vielen konstruktiven Vorschlägen eingebracht haben.

Während Frau von der Leyen damals vor allem die Ministerin mit dem so wunderschön in die Kameras platzierten „warmen Mittagessen“ war, das sie allen armen Kindern ermöglichen wollte, verhandelten Sigmar Gabriel und Elke Ferner für die Bundestagsfraktion und Manuela Schwesig und Kurt Beck für die Länder in einem harten Poker darum, dass aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket des Bundes überhaupt noch etwas halbwegs Vernünftiges werden konnte.

### SPD sorgt für Abbau von Bildungsbarrieren

Nur durch die SPD konnte am Ende durchgesetzt werden, dass Teil des auf die individuelle Hilfe abstellenden Programms auch eine Maßnahme wurde, die zur Stärkung der Bildungseinrichtungen insgesamt beitragen sollte und die zur praktischen Aufhebung von Bildungsbenachteiligung und Bildungsbarrieren so bitter notwendig ist. Und zwar im Interesse der Kinder und Jugendlichen, der Eltern wie der Lehrer: die Schulsozialarbeit. Mindestens 3.000 zusätzliche Schulsozialarbeiter/-innen

sollten mit jährlich 180 Millionen Euro an Kompensationsgeldern des Bundes bis Ende 2013 finanziert werden.

Die Länder und die Kommunen haben diese Mittel sehr dankbar aufgenommen und es sind in den überwiegenden Fällen daraus auch wirklich zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit bereitgestellt und Fachkräfte eingestellt worden. Das gilt auch für Schleswig-Holstein, wo es ja immerhin



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

sogar der Landesrechnungshof war, der in einem wenige Jahre zurückliegenden Gutachten eine Lücke von über 200 Schulsozialarbeit-Stellen diagnostiziert und dringlich empfohlen hatte, diese zusätzlichen Stellen möglichst schnell zu schaffen. Und das will bei einem Landesrechnungshof schon etwas heißen.

Aber auch diese Institution mit dem scharfen Blick und dem roten Stift hat fachlich richtig erkannt: Um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf gute Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, muss vor allem die Infrastruktur vor Ort an den Schulen ausgebaut werden. In der Schule selbst bzw. im Hort müssen

die Probleme von ausgewiesenen Pädagogen erkannt und durch passgenaue individuelle Förderung unter Einbeziehung der Familien und der Lehrer/-innen gelöst werden. In diesem Sinne hat der Kampf der SPD für den Ausbau der Schulsozialarbeit einen ganz wichtigen neuen Impuls gesetzt und für das Land und seine Kreise auch richtig viel Unterstützung erbracht.

Dass es leider auch einzelne CDU-geführte Kreise und

fels. Hier gibt es jetzt jedoch die Debatte um die zukünftige Finanzierung und den weiteren Ausbau dieser wichtigen pädagogischen und sozialpflegerischen Infrastruktur. Denn die Finanzierung dieser zusätzlichen Schulsozialarbeiterstellen aus dem Kurt-Beck-

### SPD ermöglicht Folgefinanzierung

Plafond von erstrittenen bis zu 400 Millionen Euro läuft Ende 2013 aus. Dennoch muss kein Schulsozialarbeiter Ende 2013 entlassen werden. Denn die SPD hat damals weiter erreicht, dass die Kommunen nicht nur deutlich entlastet werden bei der Übernahme von Kosten an der Unterkunft und der Heizung in der Grundsicherung, sondern der Bund die Grundsicherung in drei Schritten bis 2015 vollkommen übernimmt.

Aus der hochgerechneten Entlastungswirkung von über 1,3 Milliarden in 2012 und dann von bis zu geschätzten rund fünf Milliarden bis Ende 2015 und darüber hinaus sollten sich die bisherigen Stellen an Schulsozialarbeit und deren Ausbau allerdings bei gutem Willen ordentlich von den Kommunen finanzieren lassen. Und wenn es dann zu einem gemeinsamen Finanzierungskonzept von Land, Kreisen und Kommunen kommt, wie für Schleswig-Holstein im Koalitionsvertrag von SPD, den Grünen und dem SSW angekündigt, wird die pädagogische Qualität von Schule eine ordentliche Rückenstärkung erfahren.

**Ernst Dieter Rossmann**

## Bundesregierung versagt im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit

*Die SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriele Hiller-Ohm und Franz Thönnies trafen sich im Februar gemeinsam mit dem Geschäftsführer der DGB Region Schleswig-Holstein Südost, Andreas Sankewitz, zum Gespräch mit Personalräten der Jobcenter und Arbeitsagenturen aus Stormarn und Lübeck. Dabei exemplarisch, wie die amtierende Bundesregierung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Einrichtungen bei der Vermittlung von Arbeitslosen landesweit Steine in den Weg legt.*

„Am 1. April 2012 trat die sogenannte Instrumentenreform der Bundesregierung in Kraft. Knapp ein Jahr später wollten wir uns mit Experten vor Ort über die Folgen der von CDU/CSU und FDP beschlossenen Haushaltskürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen informieren“, so Thönnies.

Die Idee, die Vielzahl der Förder- und Vermittlungsangebote übersichtlicher und praxisnäher zu gestalten, war gut. Sie wurde unter dem SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz in der Großen Koalition geboren. Die jetzi-

ge schwarz-gelbe Regierung hat die Reform allerdings mehr schlecht als recht umgesetzt. Hiller-Ohm:

„Man hätte weiter gehen und das Angebot noch übersichtlicher gestalten müssen. Die Jobcenter und Agenturen brauchen vor Ort mehr Spielräume um passgenauer auf die Menschen eingehen zu können! Stattdessen wird gekürzt was das Zeug hält. Dieses Jahr erreichen die Einsparungen zulasten der Arbeitslosen und deren Familien mit 6,5 Milliarden Euro einen neuen Höhepunkt. Unsozialer geht's nicht!“

Im Gespräch wurde deutlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter und teilweise auch der Arbeitsagenturen erheblich belastet sind. Kern des Problems ist der aktuelle Betreuungsschlüssel. Denn die wenigen Beschäftigten müssen nicht nur den arbeitslosen Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen, sondern darüber hinaus auch deren Familien in den vielschichtigen Bedarfsgemeinschaften betreuen.

Entsprechend war auch die Situationsbeschreibung der Personalräte: Übermäßige Arbeitsbelastung, hoher Krankenstand, befristete Verträge, störanfällige Software sowie ständige Neuorganisation, Gesetzesänderungen und neue Weisungen. So sieht der von Schwarz-Gelb verursachte Alltag in den Jobcentern aus.

Am Ende des Gesprächs waren sich alle Beteiligten einig, dass die Bundesmittel für Personal sowie Förder- und Vermittlungsinstrumente erhöht statt weiter gekürzt werden müssen. Die gute Arbeitsmarktlage sollte genutzt werden, um sich verstärkt um die Langzeitarbeitslosen zu kümmern und sie in Arbeit zu bringen. Dies erfordert auf Grund der oft vielschichtigen Problemlagen aber mehr Zeit und zielgerichtete Maßnahmen.

„Es freut uns, dass dieses Ziel beim Bundesparteitag in Augsburg auch in das SPD-Regierungsprogramm aufgenommen wurde. Damit ist auch bei diesem Themenfeld die Alternative zwischen konservativer und sozialdemokratisch-fortschrittlicher Politik klar“, so die beiden Bundestagsabgeordneten.

## Bei der Energiepolitik ist noch viel Luft nach oben



Horst Kruse, Präsident der HWK Lübeck, und Udo Hansen, Hauptgeschäftsführer der HWK Flensburg

Zu hohe Strompreise, zu wenig Planbarkeit – so richtig zufrieden wirkten die Vertreter des Handwerks Schleswig-Holstein nicht mit der Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung und stießen damit bei dem traditionellen Gespräch mit der Landesgruppe in Berlin auf großes Verständnis.

„Das Sanierungsprogramm für Altbauwohnungen hätte fortgesetzt werden müssen, da ist viel Energiesparpotential“, sagte der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Flensburg, Udo Hansen, über das von der Großen Koalition aufgelegte Förderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung,

das die FDP nicht fortführen wollte.

Kritik erntete außerdem die derzeitige Regelung zur Rentenversicherungspflicht für Selbständige. Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann versprach: „Wir sind sehr interessiert an eigenen Vorschläge des Handwerks.“

Spontan bot die Landesgruppe an diesem Abend den Vertretern des Handwerks außerdem an, interessierte Praktikanten in ihren Büros aufzunehmen. Gesagt – getan: Im Juni werden sechs Handwerker aus Schleswig-Holstein die Arbeit der SPD-Bundestagsabgeordneten in Berlin kennenlernen. (nb)



## Energiewende als Jobmotor für unsere Wirtschaft

**„David gegen Goliath – die Energiewende voranbringen“ war mein Newsletter Artikel 2009. Heute können wir sagen: Schleswig-Holstein ist das Energiewendeland Nummer 1 und das wollen wir bleiben! Die Energiewende als Jobmotor, das bringt gute und sichere Arbeitsplätze. Das ist mein politisches Ziel!**

Windräder und Photovoltaikanlagen sind das Symbol für ein modernes Schleswig-Holstein, für unsere Wirtschaft, für innovative Technologien und Entwicklungen. Hier gilt es, unsere Unternehmen gezielt bei der Weiterentwicklung und Forschung zu unterstützen und zu fördern.

Dazu gehören jedoch auch neue Technologien zur Energiespeicherung ebenso wie die Weiterentwicklung der Nutzungsmöglichkeiten der Geothermie. Auch in Schleswig-Holstein kann

und sollte die Geothermie in Zukunft als ein weiterer wichtiger Baustein zur Nutzung der Erneuerbaren Energien gesehen werden.

Wir sind ebenso Energieerzeugerland! Diese Energie gilt es als Standortvorteil für Industrie, produzierendes Gewerbe und das Handwerk dezentral zu nutzen.

Das alles schafft gute Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung und sichert somit unseren Wohlstand. Gute Arbeit und gute Wirtschaft gehören zusammen!



**Geologin Birgit Malecha-Nissen ist SPD-Bundestagskandidatin im Wahlkreis 6 (Plön – Neumünster)**

Eine florierende Wirtschaft ist die Grundlage für „Gut Leben für Familien“. Nur so können wir die qualifizierten Fachkräfte anwerben

und halten, die in der Wirtschaft gebraucht werden. Nur wenn unsere Städte und der ländliche Raum attraktiv bleiben, können wir dem demographischen Wandel entgegenwirken und eine lebendige Region sein.

Die Energiewende ist Querschnittsaufgabe der unterschiedlichen Politikfelder wie Energie und Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft, Arbeit und Bildung. Eine daraus resultierende industriepolitische Entwicklung darf nicht als Gegensatz zum Klima- und Umweltschutz, zur Energieeinsparung und -effizienz verstanden werden, sondern sie bedingen einander!

**Birgit Malecha-Nissen**

## Verlässliche Infrastrukturpolitik ist beste Daseinsvorsorge



**SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis 2 (Nordfriesland – Dithmarschen-Nord) ist Veranstaltungskaufmann Matthias Ilgen**

Unsere Gesellschaft braucht eine für alle zugängliche und verlässliche Versorgung. Diese wird gewährleistet durch den Zugang zu Trinkwasser, Strom, Heizung und Mobilität. Diese Güter der Daseinsvorsorge wurden in den vergangenen Jahrzehnten teilweise privatisiert, mit verheerenden Resultaten.

Zu wenige Investitionen in die Netze, Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten haben schlechte Voraussetzungen für die Herausforderungen der Energiewende geschaffen. Schleswig-Holstein als eines der führenden Bundesländer bei den erneuerbaren Energien muss darauf achten, dass unser Vorsprung nicht durch eine schlechte Koordination der Bundesregierung ins Hintertreffen gerät. Und wir müssen den Menschen ehrlich sagen, dass

wir für die Nutzung dezentralen Stroms aus Wind und Sonne weiteren Netz- und Leitungsausbau brauchen.

Die von der EU angestrebte Privatisierung der Trinkwasserversorgung ist ein weiterer Schritt zur Abzocke der Bürger. Die SPD sollte mit aller Kraft das EU-Volksbegehren von ver.di und anderen unterstützen.

Der Staat trägt auch die Verantwortung für die Mobilität seiner Bürger. Wir müssen darauf achten, dass der ÖPNV im Kern erhalten bleibt. Er muss verlässlich für jene zur Verfügung stehen, die auf ihn angewiesen sind. Schleswig-Holstein braucht als „Verkehrstransitland“ außerdem mehr Geld für Investitionen, um die großen Herausforderungen bei NOK-Schleusen, Elbvertiefung, A20 und A23/B5 meistern zu können.

**Matthias Ilgen**



## Bezahlbare Energiewende mit einem reformierten EEG

**In Deutschland werden heute bereits über 22 Prozent des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Dies ist auf die Anreizmechanismen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die Einspeisevergütung und den Vorrang regenerativ gewonnenen Stroms zurückzuführen.**

Trotz dieses Erfolges, der weltweite Ausstrahlungswirkung genießt, wird die hiermit eingeleitete Energiewende zunehmend als zu teuer gebrandmarkt. So werden die eigentlichen Kostenfaktoren, externe Effekte und Importabhängigkeiten von fossilen Primärenergien, bagatellisiert.

Nicht über den internationalen Wettbewerb begründbare EEG-Umlagebefreiungen, veranlasst durch die schwarz-gelbe Bundesregierung, aber auch Fehler im Preisbildungssystem verursachen vermeidbare Kosten. Heute steigt die EEG-

Umlage bei einem wachsenden Anteil an der Börse gehandelten Stroms aus regenerativen Energien. Die Energieversorger erhalten die Differenz zwischen dem Börsenpreis und der gesetzlichen EEG-Vergütung, die mit sinkendem Börsenstrompreis steigt. Die hierdurch auf Seiten der Energieversorger entstehenden Gewinne treiben die Strompreise in die Höhe. Eine verpflichtende Weitergabe der Gewinne an die Stromkunden könnte die Kosten spürbar eingrenzen!

Mit einem EEG-Speicher- oder Netzmanagementbo-



**SPD-Bundestagskandidatin im Wahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd) Nina Scheer ist Politikwissenschaftlerin und Juristin**

nus könnten Anreize für phasenverschobene Einspeisung regenerativ gewonnenen Stroms und Kurzzeitspeicher geschaffen werden. Ein so auf die

fluktuierenden Eigenschaften von Wind und Sonne zugeschnittenes Lastmanagement ersetzt Schritt für Schritt fossile Kraftwerke. Mit einer Vielzahl von Speichertechnologien, der Umwandlung überschüssigen Stroms in gut speicherbaren Wasserstoff, gelingt es Versorgungssicherheit herzustellen, Synergien für die Mobilität zu entwickeln und Energieimportabhängigkeit abzubauen.

Die Energiewende findet bislang dezentral, mit einer Vielzahl von Akteuren vor Ort durch Bürger, Kommunen und Stadtwerke statt und hat damit auch eine demokratiestärkende Dimension. So gestaltet, lässt sie sich beschleunigt und bezahlbar fortsetzen.

**Nina Scheer**

## Tierschutz ist Menschenschutz

Die heutige landwirtschaftliche Nutztierhaltung wird durch politische Rahmenbedingungen und öffentliche Gelder gefördert. Dabei wird vor allem die Massenproduktion von billigen Lebensmitteln angestrebt. Die Auswirkungen der Tierhaltungssysteme auf ökologische Lebensgrundlagen, Gesundheit sowie das Wohl der Tiere und Menschen werden kaum berücksichtigt.

Die durch die Intensiv-Tierhaltung verursachten Probleme wie

- Belastung der Umwelt mit Nitraten, Pestiziden und Arzneimittelrückständen,
- Arzneimittelrückstände in Lebensmitteln,
- Verdrängung regionaler Strukturen durch industrialisierte Großbetriebe sind systembedingt und werden weiter zunehmen.

Wir brauchen eine ökologische und sozial gerechte Neuausrichtung der Agrarpolitik. Unsere industrialisierte Landwirtschaft nachhaltig zu verändern, ist eine politische Aufgabe. Politik muss die Grenzen vorgeben, innerhalb derer wirtschaftliche Interessen verfolgt werden können. Der Schutz der Tiere als unsere Mitgeschöpfe wurde als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Es gilt, dies endlich umzusetzen.

Politik darf nicht nur die Interessen der Industrie in den Mittelpunkt stellen, sondern muss auch die Interessen von Verbrauchern und Landwirten vertreten. Es gilt Marktregeln zu schaffen, die den Tier-, Natur- und Umweltschutz berücksichtigen. Die Umgestaltung der Agrarpolitik muss als gesellschaftliche

Aufgabe verstanden werden. Nur so können wir erreichen, dass unter fairen

Bedingungen gesunde Lebensmittel erzeugt werden.

**Karin Thissen**



**Tiermedizinerin Karin Thissen ist SPD-Bundestagskandidatin im Wahlkreis 3 (Steinburg – Dithmarschen-Süd)**



## Gerechte Familienpolitik statt Etikettenschwindel

**Spätestens seitdem ein eigens vom Familienministerium in Auftrag gegebenes Gutachten der deutschen Familienförderung wieder einmal bescheinigt hat, unwirksam bis kontraproduktiv zu sein, wird eine grundlegende Reform der Leistungen diskutiert. Um einer erneuten Blamage vor dem Bundesverfassungsgericht zu entgehen, diskutiert die Union nun das Ehegattensplitting nicht als solches auf homosexuelle Partnerschaften auszuweiten, sondern es zu einem Familiensplitting umzuwandeln. Das klingt zwar nach einer modernen Familienförderung, ist aber sozial ungerecht und führt die Schwächen des Ehegattensplittings fort.**

Von einem Familiensplitting würden ausgerechnet die einkommensstärksten 20 Prozent der Familien in Deutschland profitieren. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung hätten die meisten Familien von einem solchen Modell gar nichts oder nur sehr wenig. Als Familienförderungsleistung ist es somit völlig ungeeignet.

Gleichstellungspolitisch wäre das Familiensplitting dabei genauso falsch wie es das Ehegattensplitting heute ist. Auch hier werden Paare dann besonders stark entlastet, wenn ein Partner gar nicht oder zumindest deutlich weniger arbeitet als der andere. In der Realität ist es dann die Frau, die zu Hause bleibt. Moderne partnerschaftli-

che Lebensmodelle bleiben vom Ehegattensplitting genauso unberücksichtigt wie Alleinerziehende. Die steuerlichen Mindereinnahmen fehlen obendrein am Ende für den dringend benötigten Ausbau von Ganztagskitas und -schulen.

Mit dem Modell des Familiensplittings betreibt die schwarz-gelbe Bundesregierung einmal mehr teure Klientelpolitik. Den Bundeshaushalt würde eine solche Reform – je nach Ausgestaltung – einen ein- bis zweistelligen Milliardenbetrag kosten. Bundesministerin Schröder hat die Kosten im August 2012 selbst mit rund zehn Milliarden Euro pro Jahr beziffert. Profitieren würden Menschen mit hohem Einkommen, Alleinerziehende würden faktisch leer ausgehen. Im



**Sönke Rix ist stellvertretender familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Zusammenspiel mit dem Betreuungsgeld verfestigen die Konservativen tradierte Rollenbilder und machen Familienpolitik aus vergangenen Zeiten.

Die Sozialdemokratie kämpft im Gegensatz dazu für eine Familienförderung, die alle Kinder erreicht. Dabei muss es unerheblich sein, ob die Kinder von hetero- oder homosexuellen, verheirateten oder unverheirateten Paaren oder nur einem Elternteil erzogen

werden. Mit dem „neuen Kindergeld“ wollen wir erreichen, dass die finanzielle Familienförderung besonders den Familien zu Gute kommt, die nur über geringere Einkommen verfügen. Dazu wollen wir das Kindergeld einkommensabhängig ausstatten.

Außerdem wollen wir allen Eltern eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Dazu gehört der dringende Ausbau von Ganztagschulen und Kitas genauso wie mehr Zeitsouveränität durch erweiterte Rechte im Zusammenhang mit Teilzeit und dem weiterentwickelten Elterngeld. Dazu gehört aber auch, dass Eltern von ihrer Arbeit ihre Familie auch ernähren können. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn und ein Ende der Lohndiskriminierung von Frauen. Eine zeitgemäße Familienförderung muss finanzielle Leistungen mit Betreuungsinfrastruktur und sicheren Arbeitsverhältnissen verbinden.

**Sönke Rix**

### Ehegattensplitting: Profit mit nur einem Einkommen

Splittingvorteil\* bei Zusammensetzung der Ehe-Einkommenshöhe im Verhältnis...

Zu versteuerndes Einkommen	50 : 50	70 : 30	90 : 10	100 : 0
20.000 €	0 €	498 €	1.517 €	2.054 €
35.000 €	0 €	250 €	1.925 €	3.089 €
45.000 €	0 €	356 €	2.308 €	4.004 €
60.000 €	0 €	660 €	3.152 €	5.672 €
120.000 €	0 €	569 €	3.690 €	7.914 €

\* Steuertarif 2005; Quelle: Spangenberg 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

## UN-Behindertenrechtskonvention zügig umsetzen

### Bundesregierung bleibt hinter eigenen Ansprüchen zurück

**2006 hat die UNO-Generalversammlung die UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen, seit 2009 gilt sie auch in Deutschland. Sie konkretisiert bestehende Menschenrechte für die Lebenssituation von rund 600 Millionen Menschen mit Behinderung weltweit und zielt auf die Förderung ihrer Gleichbehandlung. Statt allein auf Fürsorge und Ausgleich von vermeintlichen Defiziten zu setzen, fordert sie, Behinderung als Teil gesellschaftlicher Vielfalt wahrzunehmen und den Menschen eine selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Teilhabe zu ermöglichen. Sie ist damit von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung der nationalen Behindertenpolitik.**

„Knapp zehn Millionen Menschen mit Behinderung leben in Deutschland und nur vier bis fünf Prozent sind mit dieser auf die Welt gekommen. Es kann also jeden und jede treffen, und entsprechend groß sollte eigentlich auch das Interesse an dieser Thematik sein“, so Franz Thönnies.

Die Konvention folgt dem von der rot-grünen Bundesregierung 1998 vollzogenen Paradigmenwechsel – „Weg von der Fürsorge, hin zur Teilhabe“. Dieser wurde unter anderem mit der Einführung des SGB IX, dem Behindertengleichstellungsgesetz umgesetzt.

Seit der Regierungsübernahme von CDU/CSU und FDP hat dieses wichtige Thema jedoch deutlich an Schwung verloren. „Die Bundesregierung hat zwar 2011 einen Nationalen Aktionsplan vorgelegt, allerdings bleibt das Handeln hinter den formulierten Ansprüchen deutlich zurück“, erläutert der SPD-Politiker.

Beispielsweise ist dort zu lesen: „Die Bundesregierung wird das Behindertengleichstellungsgesetz evaluieren und dabei insbesondere klären, ob alle Gruppen von Menschen mit Behinderungen ausreichend berücksichtigt sind und sich

die Instrumente bewährt haben.“ Diese Evaluation wurde jedoch erst vor Kurzem in Auftrag gegeben, so dass in dieser Legislaturperiode nicht mehr mit einem Ergebnis zu rechnen ist.



**Franz Thönnies war Mitte März als Referent beim Polio Landesverband Schleswig-Holstein in Bad Bramstedt zu Gast. Er hatte als Parlamentarischer Staatssekretär des BMAS an der Entwicklung der UN-Konvention mitgewirkt.**

Das gleiche gilt beim Wahlrecht. Analphabeten und Menschen mit Behinderungen dürfen von diesem wichtigen politischen Partizipationsprozess nicht ausgeschlossen sein. Im Nationalen Aktionsplan ist eine Studie zur tatsächlichen Situation behinderter Menschen bei der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts angekündigt. Aber auch diese steht noch

aus, so dass Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation fehlen. Während CDU/CSU und FDP noch zögern, hat die SPD-Bundestagsfraktion am 21. Februar 2013 in einem Antrag vorgeschlagen, die Wahlzettel zur Vereinfachung künftig um Parteilogos und Kandidatenbilder zu ergänzen (Drucksache 17/12380).

Darüber hinaus haben die Sozialdemokraten in dieser Legislaturperiode mehrere Initiativen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gestartet. We-

Konkret bedeutet dies, dass auch geprüft werden muss, ob Leistungen zur sozialen Teilhabe zukünftig ganz oder teilweise einkommens- und vermögensunabhängig ausgestaltet werden können. Schließlich darf der Wunsch nach Teilhabe nicht zur Sozialhilfe- und damit lebenslangen Hilfebedürftigkeit führen, zum Beispiel durch eine übermäßige Beteiligung an den Aufwendungen für ihre Assistenz.

Dem Motto der Behindertenverbände „Nichts über uns, ohne uns“ folgend, diskutierte Franz Thönnies hierüber mit den Mitgliedern des Polio Landesverbandes Schleswig-Holstein e.V. Im Dialog wurden die Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderungen nochmals deutlich: Die Aufteilung auf verschiedene Träger der Sozialversicherung mit unterschiedlichen Leistungen führt häufig zu rechtlichen Auseinandersetzungen. Barrierefreiheit in den Kommunen oder im öffentlichen Personennahverkehr ist immer noch ein ungelöstes Problem. Ungeräumte Bürgersteige und Wege im Winter führen dazu, dass Menschen mit Rollstuhl oder Gehhilfen faktisch zu Hause eingesperrt sind.

„Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich weiterhin für eine schnelle und umfassende Umsetzung der Behindertenrechtskonvention einsetzen. Wie bisher wird der Austausch mit den Betroffenen, als Experten in eigener Sache, einen wichtigen Schwerpunkt einnehmen. So wie wir es in den bereits seit sieben Jahren stattfindenden Werkstattträtekongressen praktizieren“, erläutert Thönnies.

sentlich war der große Antrag „UN-Konvention jetzt umsetzen – Chancen für eine inklusive Gesellschaft nutzen“, der von den Regierungsfractionen jedoch abgelehnt wurde.

Ein wichtiges Ziel ist, die Eingliederungshilfe vom SGB XII in das SGB IX zu verlagern. Damit kämen die Betroffenen aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe heraus.



## Somalia: Das Piratengeschäft bricht zusammen

von Hans-Peter Bartels, Mitglied im Verteidigungsausschuss

**Seit Jahren gehörte Somalias Küste, wo riesige Ströme des Welthandels vorbeiführen, zu den am stärksten durch Piraterie gefährdeten Gebieten der Welt. Die EU reagierte, und startete die maritime Operation Atalanta (EU Naval Forces Somalia). Mittlerweile ist es ruhig geworden um die Lage am Horn von Afrika. Eine Erfolgsgeschichte der Marine!**

Kurz vor Weihnachten 2008, am 19. Dezember, stimmte der Deutsche Bundestag einem ersten Marinemandat zur Teilnahme an der Pirateriebekämpfung im Rahmen einer EU-Mission („Atalanta“) zu. Deutschland beteiligte sich in der Folge regelmäßig mit einer Fregatte, einem Versorger und zeitweise einem Seefernaufklärungsflugzeug. Zurzeit befinden sich die Fregatte *Augsburg* sowie ein Aufklärer P-3C Orion im Einsatz. In Deutschland hält sich außerdem ein Team der Marineschutzkräfte (für einen möglichen Einsatz auf einem zivilen Handelsschiff) in Bereitschaft.

Der Auftrag des EU-Geschwaders im Indischen Ozean ist zuallererst der Schutz aller Schiffe des UN-Welternährungsprogramms, die mit Hilfsgütern für Somalia unterwegs sind. Hier verweist die EU stolz auf eine 100-prozentige Erfolgsquote. Zurecht: Seit Beginn der Operation wurden 173 Schiffe des Welternährungsprogramms mit 1.002.902 Tonnen Lebensmittel nach Somalia eskortiert. Nicht ein einziges Schiff des Welternährungsprogramms ging an Piraten verloren.

Darüber hinaus ist die übrige Handelsschiffahrt zu schützen – so gut das mit den fünf oder sechs Schiffen des europäischen Verbandes eben geht. Da gleichzeitig aber auch ein Nato-Verband (ohne deutsche Beteiligung), eine US-

Task-Group und diverse Kriegsschiffe anderer Nationen (Indien, China) in dem Seegebiet die Piraterie eindämmen sollen, hat es sich als praktisch erwiesen, all diese Aktivitäten von einer Zentrale aus, dem Marinehauptquartier von US CENTCOM in Bahrain, zu koordinieren und in der riesigen Wasserwüste des Indischen Ozeans Schutzkorridore



Fregatte Augsburg

Quelle: Bundeswehr

auszuweisen, in denen die Handelsschiffe jeweils irgendein internationales Kriegsschiff in ihrer Nähe wissen können.

Dieses Verfahren bietet neue Sicherheit: Wurden im Rekordjahr 2010 insgesamt 47 Handelsschiffe entführt, waren es 2011 noch 25 und 2012 fünf Schiffe. Im 1. Quartal 2013 konnten die Seeräuber lediglich ein Schiff tatsächlich in ihre Gewalt bringen. Auch die Zahl der versuchten Kaperungen nimmt weiter kontinuierlich ab. 2010: 127,

2011: 3, so der Stand am 5. April 2013.

Aber was ist in Deutschland öffentlich gespottet worden über unseren Beitrag zur Pirateriebekämpfung! Kritisiert wurde, dass wir keine Seeräuber gefangen nehmen, sondern sie wieder am Strand aussetzen. Oder, dass wir Piratenmutterschiffe nicht beschießen.

Richtig! Es ging der EU und Deutschland eben *nicht* darum, möglichst viele tote Piraten zu zählen oder Schiffe zu versenken oder in Hamburg Piratenprozesse abzuhalten.

den hat. Die *Kieler Nachrichten* schreiben, sie sei als „Abschlusspressekonferenz“ angekündigt gewesen.

Dort erklärt also „Big Mouth“, das Geschäft mit Kaperung und Geiselnahme lohne sich für ihn nicht mehr. Er und seine Spießgesellen wollten sich aus dieser Branche nun ganz zurückziehen. Wohin die Herren sich stattdessen wenden werden, ist der Meldung nicht zu entnehmen.

Neben der Präsenz der EU-Operation Atalanta, ist der Umschwung am Horn von Afrika auch anderen Maßnahmen zu danken: Der bessere Schutz der Handelsschiffe – auch durch private Sicherheitsdienste (der Bundestag hat deren Tätigkeit auf deutschen Schiffen gesetzlich geregelt), Wasserkanonen, Stacheldraht an der Reling oder Schutzräume (Zitadellen) – zeigt Wirkung.

Positiv wirkt sich zudem die Koordinierung der Reedereien mit der Atalanta-Mission durch das Maritime Security Center Horn of Africa (MSCHOA) aus. Dadurch können Kapitäne schneller und effektiver vor Piratenbooten gewarnt werden.

Nicht zuletzt verbessert sich auch die Sicherheitslage in Somalia selbst, seit das durch eine EU-Trainingsmission ausgebildete Militär die Milizen zurückgedrängt hat. Noch immer ist man in Mogadischu vor Anschlägen und Bombenattentaten nicht wirklich sicher. Der Fortschritt ist eine Schnecke. Aber es geht in die richtige Richtung. Und den Piraten scheint die Geschäftsgrundlage schon entzogen zu sein. Das ist nicht wenig.

Es ging darum, dass das Schiffekapern aufhört! Und das tut es jetzt vor der Küste Somalias. Das „Geschäftsmodell“ lohnt sich nicht mehr. Und das ist der Erfolg der ganz unspektakulären Präsenz von Soldatinnen und Soldaten auch unserer Marine!

Und mit einer gewissen Genugtuung können wir dann in der Zeitung lesen, dass ein Herr namens Mohamed Abdi Hassan, auch bekannt als Piratenhüptling „Big Mouth“, in Somalia zu einer Pressekonferenz eingela-

## Ist Deutschland eine klassische Landmacht?

**Die Diskussion über eine Europäische Marine, die Peer Steinbrück angestoßen hat, führt zur Frage der Bedeutung der Marine für Deutschland. Nur so kann der deutsche Anteil an dieser europäischen Marine bewertet werden.**

Deutschland genügt mit seiner zentralen Lage in Europa vordergründig dem klassischen Begriff der Landmacht. Diese überholte Betrachtung vernachlässigt jedoch entscheidende Dimensionen vitaler deutscher Interessen.

### ► Die wirtschaftliche Dimension

Die Funktionsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes hängt maßgeblich an einem gesicherter Zulauf von Rohstoffen. Die Betrachtung der Warenströme zeigt, wie abhängig Deutschland von der freien Nutzung der See ist. Die Sicherung dieser Handelswege ist daher von

nationaler Bedeutung. Der maritime Blick wird so wirtschaftlich notwendig, wenn nicht sogar überlebensnotwendig.

### ► Die sicherheitspolitische Dimension

Wasser stellt seit der Urzeit die Grundlage menschlichen Siedlungsverhaltens dar. Damit einher geht auch, dass sich die Krisenherde der Welt in ihrer Masse in küstennahen Gebieten befinden. Oft sind friedenssichernde Maßnahmen zeitgerecht nur maritim durchzuführen. Hinzu kommt, dass Evakuierungsmaßnahmen – und somit der Schutz deutscher Staats-

bürger – oft effektiv nur von See her möglich sind. Nur eine Marine bietet der politischen Führung eine notwendige Bandbreite militärischer Handlungsmöglichkeiten mit einer schnellen De-eskalationsoption.

### ► Schlussfolgerung

Wer Deutschland als Teil Europas versteht, muss erkennen, dass die europäische Sicherheit und das euroatlantische Bündnis maritim geprägt sind. Wer in Europa mitgestalten will, muss maritim denken und wirken. Die maritime Ausrichtung bleibt ein elementarer Baustein für eine weiter erfolgreiche wirtschaftliche und politische Entwicklung unseres Landes.

Mit diesem Anspruch sollte der richtige und notwendige



**SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis 1 (Flensburg – Schleswig) Dirk Peddinghaus ist Ingenieur Nachrichtentechnik und Wirtschaftsingenieur Absatzwirtschaft**

Weg zu einer europäischen Armee und Marine weiter verfolgt werden!

*Dirk Peddinghaus*

## Auszeichnung von Gauck

„Sport für alle – gemeinsam statt einsam“ lautet das Motto des Hoisbüttler SV aus dem Kreis Stormarn, und das Konzept, das sich dahinter verbirgt, ist preiswürdig. Dieser Meinung waren die Initiatoren des bundesweiten Wettbewerbs „Sterne des Sports“, in dem der Deutsche Olympische Sportbund und die Volks- und Raiffeisenbanken jedes Jahr Sportvereine auszeichnen, die sich über das reine Sportangebot hinaus in besonderem Maße gesellschaftlich engagieren.

Der Ammersbeker Verein trug überzeugte mit seinem nachhaltigen Integrations- und Inklusionssportansatz auch schon beim Schleswig-Holstein-Entscheid im Dezember 2012. In der Gruppe „Sport für alle“ trainieren 120 Menschen mit und

ohne Behinderung, Menschen mit seelischen und sozialen Problemen, Kinder, Erwachsene und Senioren gemeinsam. Das Sportangebot ist einzigartig in der Region.

Ende Januar konnten Vereinsvorsitzender Udo Heck und seine Mitstreiter nun die verdiente Auszeichnung und eine Prämie von 1.000 Euro von Bundespräsidenten Joachim Gauck entgegennehmen. Im Anschluss daran traf sich der Ammersbeker Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies mit den Preisträgern in der Landesvertretung Schleswig-Holstein und gratulierte: „Seit 1987 leistet der Verein eine wirklich tolle Arbeit. Ich freue mich über die hohe Anerkennung, die dieses vorbildliche Engagement nun auf Bundesebene findet“, so der Abgeordnete.

## Fachkräfte für Altenpflege

Im Februar hat der Deutsche Bundestag endlich die Ausbildung- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege verabschiedet. Im Dialog mit den Arbeits- und Sozialministerien der Länder ist ein Konzept entstanden, das dem akuten Fachkräftemangel bei der Altenpflege entgegenwirken soll und über die Bundesagentur für Arbeit ganz gezielt auf Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung setzt. Schwarz-Gelb folgt damit einer Forderung der SPD, die die Regierungsfractionen im September 2012 noch abgelehnt hatten.

Für die Initiative war es höchste Zeit. Viele Alten- und Pflegeeinrichtungen suchen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Fachkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren weiter verstärken.

Bereits heute arbeiten im nördlichsten Bundesland zirka 37.000 Menschen in der Altenpflege. Im Jahr 2020 wird der Bedarf an Fachkräften aufgrund des demografischen Wandels Prognosen zufolge auf 48.000 ansteigen.

### Impressum „Bundestag direkt“

#### Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

#### Redaktion & Layout

Nadine Brockmann

Büro der Landesgruppe:

PLH, 7.144,

11011 Berlin

Tel.: 030/227-75318

Mail: sh-ig.spd@bundestag.de



## Bundestagswahlkampf, Eurokrise und kommunaler Diskurs



Gruppenbild mit Oberbürgermeisterin: Nina Scheer, Bettina Hagedorn, Dirk Peddinghaus, Ernst Dieter Rossmann, Matthias Ilgen, Susanne Gaschke, Hans-Peter Bartels, Gabriele Hiller-Ohm, Sönke Rix, Karin Thissen, Birgit Malecha-Nissen und Franz Thönnies

Das Wir hat die Landesgruppe Schleswig-Holstein schon groß geschrieben, bevor der Wahlkampfslogan der SPD bekannt war. So ist es inzwischen Tradition geworden, die neu nominierten Kandidatinnen und Kandidaten zu der Klausurtagung der Bundestagsabgeordneten vor der Wahl einzuladen. Eine gute Gelegenheit, untereinander Wahlkampfideen auszutau-

schen und organisatorische Feinheiten direkt mit Christian Kröning, Elena Pieper und Nina Thielscher vom SPD-Landesverband abzustimmen.

Vor der gemeinsamen Sitzung im Walter-Damm-Haus am Nachmittag, an der auch Landes- und Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner teilnahm, standen für die elf Bundestagsman-

datsanwärter zwei weitere interessante Termine auf dem Programm. Im Institut für Weltwirtschaft referierte der Leiter des IfW-Prognosezentrums Stefan Kooths über die Möglichkeiten der Überwindung der Krise im Euroraum, im Kieler Rathaus gab Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke einen kurzen Überblick über die aktuelle Situation der Landeshaupt-

stadt. „Dass der Bund in vielen Bereichen die anfallenden Kosten einfach an die Kommunen durchreicht und nicht ausreichend kompensiert, ist problematisch“, so Gaschke.

Ein Wahlziel hat die Verwaltungschefin aber bereits erreicht: Die Abdeckung mit Lesesets der „Stiftung Lesen“ liegt in Kiel bei 100 Prozent. (nb)



Die wissenschaftliche Geschäftsführung des Instituts für Weltwirtschaftsforschung, Frau Dr. Sonja Peterson (links), gab den Besuchern einen Überblick über die Forschungsthemen des IfW



Kurzer Smalltalk in der Sitzungspause: Karin Thissen, Bettina Hagedorn und Birgit Malecha-Nissen